

Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß wir hier wieder einmal an so einem besonderen Punkt sind, wo Parteigelder kapitalisiert werden.

(Bewegung bei PDS)

Und es gibt ja auch Informationen, daß inzwischen in Gestalt der elektronischen Mediengesellschaft auch im Bereich des Privatfunks so einiges von ihrer Richtung geplant ist.

Diese Konzentrationsprozesse in den Händen nämlich der Großverlage behindern gerade die Gründung privater Vertriebssysteme. Der Kollege von den Liberalen wollte dazu ja noch Stellung nehmen.

Uns als Volkspartei liegt es an der Schaffung von Arbeitsplätzen gerade auch im mittelständischen Unternehmen, und das ist typisch für die Bundesrepublik, daß Zeitungen durch mittelständische Unternehmen vertrieben werden. Was aber hier im Moment noch läuft, das geht dem entgegen.

Wir fordern deshalb unnach-sichtig, die Vertriebsordnung durchzusetzen. Das ist auch durchaus an die Adresse des Ministeriums gerichtet.

Kurz zu den elektronischen Medien: Trotz rührender Beteuerung aus dem Deutschen Fernsehfunke und anrührender Umfrageergebnisse, die muß man auch lesen können. Man kann sie nicht nur zitieren. Das ist eine Nummer zu billig; denn ich muß vorher wissen, wie ist auf welche Art und Weise wer gefragt worden.

(Beifall bei CDU/DA)

Und ich frage mich, Wandel mit den alten Leuten in der Chefetage, in Abteilungsleiterbüros in Adlershof, Wandel mit den alten Leuten vor der Kamera und am Mikrophon oder, und das ist noch unerträglicher, gerade für uns als Regierungspartei, wenn sich Leute anbieten, wenn sich so alte Leute anbieten. Und das ist etwas ganz besonders Schlimmes.

(Vereinzelt Beifall bei CDU/DA)

Nein, ein wirklicher Wandel im Lande muß für uns alle visuell erlebbar und hörbar gemacht werden, und zwar geht das nur dann, wenn wirklich neue unbelastete Korrespondenten und Sprecher auftreten und wenn neue, realistisch denkende Personen Funk und Fernsehen leiten.

Ich möchte nun aus Fairness nicht in der sogenannten nullten Lesung mit dem Rundfunküberleitungsgesetz fortfahren. Ich finde es einfach ein bißchen unfair gegenüber den Kollegen, die es nicht kennen. Aber ich möchte die Haltung unserer Fraktion gegenüber diesem Entwurf deutlich machen.

Es geht, wie man so schön sagt neudeutsch, um die Philosophie. Es handelt sich um einen Gesetzentwurf, der eine klare zeitliche Befristung vorsieht.

Es ist zeitlich befristet, es ist keine Festschreibung für immer. Zweitens: Dieser Entwurf trägt den Charakter des Überleitens, und drittens wird ein Rahmen abgesteckt, der später durch die entsprechenden Landesmediengesetze und Landesrundfunkgesetze ausgefüllt wird.

(Zuruf bei der PDS: Wohl von den Westkonzernen?)

Nein, von den Ländern.

(Zuruf beim Bündnis 90/Grüne: A la Maxwell! - Über die Brücke gehen wir nicht.)

Ich möchte mir ersparen, weitere Ausführungen dazu zu machen. Nur soviel: Wir sind auf jeden Fall für ein Vollprogramm, und hätten uns noch mehr sachliche Informationen zu den Fragen des Staatsvertrages, eine wirkliche Begleitung in diesen Übergang gewünscht, statt einer massiven Angstmache.

(Beifall bei DSU und CDU/DA)

Zum letzten Punkt meiner vorbereiteten Ausführungen. Er spielte bisher noch keine Rolle. Ich meine die Frage der Journalistenausbildung. Wir müssen dort strukturell, inhaltlich und personell unbedingt verändern. Die Ausbildung muß dezentralisiert werden, raus aus Leipzig, muß intermediär angelegt werden, besonders, was die wissenschaftliche Medienforschung und die praktische Medienpädagogik betrifft, haben wir erheblichen Nachholebedarf, und ich freue mich, Herr Professor, daß Sie mir an dieser Stelle einmal zustimmen können. Ich muß hier ganz kurz noch etwas ...

(Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner: Ihre Zeit ist vorbei. Würden Sie eine Zwischenfrage zubilligen?)

Ich gestatte die Zwischenfrage.

Dr. Sobetzko (CDU/DA):

Ich glaube, es besteht hier im Hause zwischen den demokratischen Parteien Konsens darüber, daß das DDR-Fernsehen stark linkslastig ist. In dem Zusammenhang eine Frage an Sie: Gibt es im DDR-Fernsehen ausreichende positiv-kritische Reformkräfte, die diese Anstalt zu einer wirklich demokratischen, politisch wertungsfreien, neutralen Einrichtung formieren lassen?

Steinmann (CDU/DA):

Herr Kollege, Sie haben das so direkt definiert. Ich habe während meiner Kontakte mit Kollegen des Personalrates im DDR-Fernsehen, im DFF, realistisch denkende Leute kennengelernt, die realistischer als manch einer der Sprecher der Opposition hier z. B. die Situation der Arbeitsplätze einschätzen. Es gibt dort Leute, die klar sagen, wo und aus welchen Gründen zuviel Leute in Adlershof beschäftigt sind. Dabei gibt es auch sehr kluge Ideen, daß durchaus nicht alle arbeitslos werden. Gewiß, es gibt einzelne Beschäftigtengruppen, da wird es schwierig, wenn ich etwa an Dramaturgen denke. Aber daß Perückenmacher und ähnliche in der freien Wirtschaft arbeitslos sind, kann ich mir nicht vorstellen, wenn ich hier so in die Runde schaue.

(Gelächter und Zurufe bei PDS, Beifall bei CDU/DA)

Stellvertreter der Präsidentin Dr. Höppner:

Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

(Steinmann, CDU/DA: Ja.)

Der Abgeordnete Gysi.

Dr. Gysi (PDS):

Sagen Sie, unterstützen Sie denn diesen Brief hier z. B. des Landesverbandes der CDU in Berlin, in dem es unter anderem heißt: - Ich darf einmal diese Stelle zitieren, dem ersten stimme ich übrigens zu -

„Früher hat die SED ständig die Machtfrage gestellt und ihre Macht mehr als mißbraucht“
- richtig! Und dann weiter:
„Seit dem 18. März dieses Jahres stellen wir die Machtfrage und müssen diese gebrauchen.“

(Heiterkeit bei der PDS)

Steinmann (CDU/DA):

Sie zitieren einen Brief, den ich nicht kenne.

(Dr. Gysi, PDS: Den schenke ich Ihnen gern. Es geht nur um die Medien ...)

Dazu möchte ich mich nicht äußern.